EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 10.7.2013
COM(2013) 515 final

BERICHT DER KOMMISSION

über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2012

BERICHT DER KOMMISSION

über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2012

Der gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission[1] erstellte vorliegende Bericht über das Jahr 2012 stützt sich auf statistische Daten, die im Anhang zusammengestellt sind.

Aus diesen Statistiken geht die Zahl der Anträge, nicht die der angeforderten Unterlagen hervor. In der Praxis können die Anträge ein einziges Dokument oder vollständige Dossiers zu einem bestimmten Verfahren betreffen, die tausende von Dokumenten umfassen. Anträge auf Zugang zu Dokumenten, die zum Zeitpunkt des Antrags bereits öffentlich zugänglich waren, wurden nicht berücksichtigt.

Bei den Erstanträgen wurden die beantragten Dokumente in 83 % der Fälle freigegeben. Bei den Zweitanträgen wurden die Dokumente in 43 % der Fälle ganz oder teilweise freigegeben.

1. REGISTER UND INTERNETSEITEN

1.1. Im Jahr 2012 wurden dem Dokumentenregister der Kommission 17 940 neue Dokumente hinzugefügt (siehe Anhang – Tabelle 1).

1.2. Gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 muss die Kommission in ihren Jahresberichten die Zahl der in ihrem Besitz befindlichen Dokumente angeben, die im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung[2] als „sensible“ Dokumente gelten und daher nicht in das Register aufgenommen wurden. Im öffentlichen Register der Kommission wurden 2012 Dokumente folgender Kategorien vorgehalten: COM, SEC, C, JOIN, SWD, OJ und PV. Keines der 2012 von der Kommission erstellten oder bei ihr eingegangen sensiblen Dokumente fiel in eine der genannten Kategorien.

1.3. Daten zur Konsultation der Webseite „Transparenz und Zugang zu Dokumenten“ auf dem EUROPA-Server im Jahr 2012:

	Besucher	Sitzungen	Besuchte Seiten
Insgesamt	33 903	40 605	213 244
Monatsdurchschn	2 825	3 384	17 770

[1] ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43.

[2] „Dokumente, die von den Organen, den von diesen geschaffenen Einrichtungen, von den Mitgliedstaaten, Drittländern oder internationalen Organisationen stammen und gemäß den Bestimmungen der betreffenden Organe zum Schutz grundlegender Interessen der Europäischen Union oder eines oder mehrerer Mitgliedstaaten in den in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a) genannten Bereichen, insbesondere öffentliche Sicherheit, Verteidigung und militärische Belange, als „TRÈS SECRET/TOP SECRET“, „SECRET“ oder „CONFIDENTIEL“ eingestuft sind“ (Art. 9 Absatz 1).

itt			

2. **IN DER VERORDNUNG VORGESEHENE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ANDEREN ORGANEN**

Der gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung eingesetzte interinstitutionelle Ausschuss trat 2012 nicht auf politischer Ebene zusammen. Die drei Organe (Europäisches Parlament, Rat und Kommission) hielten jedoch regelmäßige Zusammenkünfte ab, um Erfahrungen auszutauschen, bewährte Vorgehensweisen festzulegen und eine einheitliche Anwendung der Verordnung zu gewährleisten.

3. **PRÜFUNG DER ANTRÄGE AUF ZUGANG ZU DOKUMENTEN**

3.1. Bei den **Erstanträgen** war 2012 ein Rückgang zu verzeichnen (von 6447 im Jahr 2011 auf 6014). Die Zahl der auf der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 basierenden Antworten lag 2012 bei 5274 (gegenüber 6055 im Jahr 2011).

3.2. Bei den **Zweitanträgen** nahm die Zahl der Eingänge mit rund 39 % stark zu (229 neue Zweitanträge im Jahr 2012 gegenüber 165 im Vorjahr). Die Gesamtzahl der Antworten auf Zweitanträge korrelierte mit der Zahl der eingegangenen Anträge (202 abgeschlossene Fälle im Jahr 2012 gegenüber 162 im Vorjahr). Bei 160 dieser Antworten (79 %) handelte es sich um **positive Bescheide** über den Zugang zu Dokumenten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001. Damit wurden 2012 11 % mehr bestätigende Entscheidungen erlassen als im Vorjahr (144) (siehe Anhang – Tabelle 5).

3.3. Die meisten Erstanträge gingen 2012 beim Generalsekretariat der Kommission und der Generaldirektion (GD) Gesundheit und Verbraucher ein (12,10 % bzw. 7,28 %), sehr dicht gefolgt von der GD Wettbewerb mit 6,81 % und der GD Umwelt mit 6.61 %. Erwähnenswert ist, dass die Nachfrage nach Dokumenten der GD Steuern und Zollunion (die 2011 die meisten Erstanträge erhielt) nachgelassen hat, während die Zahl der Anträge auf Zugang zu Dokumenten und Unterlagen der GD Wettbewerb weiterhin hoch blieb.

3.4. Mit 22,70 % der Erstanträge erwiesen sich die Hochschulen erneut als aktivste Antragsteller-Kategorie (2011 entfielen 25,73 % der Erstanträge auf sie). Wie in den Vorjahren folgten Anwaltskanzleien mit 13,58 % (2011: 11,30 %) und die Zivilgesellschaft (NRO, Interessengruppen) mit 10,32 % (2011: 8,59 %) der Anträge. 33,83 % der Antragsteller machten keine Angaben zu ihrem sozioprofessionellen Profil (siehe Anhang – Tabelle 8).

3.5. Die geografische Verteilung der Erstanträge ist ebenfalls sehr ähnlich wie in den Vorjahren. Lediglich im Hinblick auf den bislang größten Anteil von Anträgen aus Belgien (21,85 %) war ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Aus Italien gingen 2012 wesentlich weniger Anträge ein als im Vorjahr (Rückgang von 12,37 % im Jahr 2011 auf 7,54 %). Abgesehen von Deutschland (14,04 %) und dem Vereinigten Königreich (10,17 %) hatte kein anderer Mitgliedstaat ein Antragsaufkommen von mehr als 10 %. Die Länder mit den höchsten Werten unterhalb dieser Schwelle waren bevölkerungsreiche Mitgliedstaaten wie Frankreich, Spanien und Polen. Der Anteil der Anträge aus den EU-10- und den EU-2-Mitgliedstaaten lag immer noch

leicht unter dem entsprechenden Anteil aus den EU-15-Staaten (siehe Anhang – Tabelle 9).

4. ANWENDUNG DER AUSNAHMEREGELUNGEN ZUM ZUGANGSRECHT

4.1. Im Jahr 2012 lag der Anteil der in erster Instanz vollständig abgelehnten Anträge mit 16,91 % etwas höher als im Vorjahr (12,18 %). Vollständiger Zugang wurde in rund drei von vier Fällen (74,48 % gegenüber 80,20 % im Jahr 2011) gewährt, wohingegen der Prozentsatz der teilweise freigegebenen Unterlagen im Vergleich zu den Vorjahren leicht stieg und einen Wert von 8,61 % erreichte – im Vergleich zu 7,62 % im Jahr 2011 (siehe Anhang – Tabelle 3).

4.2. Die Zahl der Fälle, in denen die Kommission infolge eines Zweitantrags eine andere Meinung vertrat als ihre Dienststellen und der zuvor abgelehnten Freigabe von Schriftstücken in vollem Umfang zustimmte, erhöhte sich leicht (18,75 % gegenüber 14,58 % im Jahr 2011). Darüber hinaus gab es mehr Fälle, in denen die in erster Instanz beschlossene Ablehnung in vollem Umfang bestätigt wurde, während die Zahl der Fälle, in denen beim Zweitantrag ein umfassenderer Zugang gewährt wurde, deutlich zurückging (siehe Anhang – Tabelle 6).

4.3. Der Anteil der Fälle, in denen eine Ablehnung mit dem Schutz des Entscheidungsprozesses der Kommission begründet wurde (Artikel 4 Absatz 3), blieb mit 25,15 % leicht hinter dem Vorjahreswert (25,73 %) zurück. Dieser Fall war jedoch der am zweithäufigsten angeführte Grund für eine Ausnahmeregelung und kommt damit in der Liste gleich hinter dem Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten (Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich, auf den 25,32 % der Fälle entfielen – gegenüber 21,90 % im Vorjahr) (siehe Anhang – Tabelle 4).

4.4. Der Anteil der mit dem Schutz geschäftlicher Interessen begründeten Ablehnungen blieb mit 16,94 % sehr stabil (2011: 16,83 %). Bei den mit dem Schutz der internationalen Beziehungen begründeten Ablehnungen war dagegen ein deutlicher Rückgang zu beobachten (3,58 % gegenüber 12,02 % im Jahr 2011) (siehe Anhang – Tabelle 4).

4.5. Der am häufigsten angeführte Grund für die Bestätigung einer Verweigerung des Zugangs war wie in den vergangenen Jahren der Schutz des Zwecks von Untersuchungstätigkeiten (Artikel 4 Absatz 2 dritter Gedankenstrich) mit 45,10 % gegenüber 32,68 % im Jahr 2011 (siehe Anhang – Tabelle 7).

– Der Schutz des Entscheidungsprozesses der Kommission wurde in 15,69 % der Fälle angeführt (damit sank der Wert gegenüber dem Vorjahr). Allerdings bezieht sich dieser Rückgang allein auf den Anteil der Fälle, in denen der Entscheidungsprozess noch nicht abgeschlossen war (6,54 % gegenüber 15,33 % im Vorjahr). Bei den Stellungnahmen zum internen Gebrauch, über die bereits ein Beschluss gefasst worden war, war dagegen eine Zunahme zu verzeichnen (9,15 % gegenüber 4 % im Vorjahr).

– Ein Rückgang ist bezüglich des Schutzes der Privatsphäre und Integrität des Einzelnen zu verzeichnen (10,46 % gegenüber 20,67 % im Vorjahr). Der Schutz geschäftlicher Interessen wurde mit 11,76 % dagegen beinahe genau so

häufig als Grund angeführt wie im Vorjahr (14,66 %). Der Anteil der mit dem Schutz von Gerichtsverfahren und Rechtsberatung begründeten Ausnahmeregelungen wiederum stieg im Vergleich zu 2011 kräftig an, und zwar von 1,33 % auf 7,84 %.

5. BESCHWERDEN BEIM EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN

5.1. Im Jahr 2012 schloss der Bürgerbeauftragte die folgenden 18 Beschwerden gegen die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten durch die Kommission ab:

10 Fälle, die mit einer kritischen Anmerkung und/oder einer weitergehenden Anmerkung abgeschlossen wurden			
2293/2008/(BB)(FOR)TN	1972/2009/ANA	914/2009/(IP)(EIS)ER	2299/2010/(IP)(EIS)ER
682/2010/(TS)TN	339/2011/AN	388/2011/(PMC)(IP)(EIS)ER	1472/2011/(PMC)(PB)MMN
2466/2011/ER	173/2012/VL		
8 Fälle, die ohne weitergehende Folgemaßnahmen abgeschlossen wurden			
3097/2009/(JF)(IP)EIS	127/2010/VIK	849/2010/KM	1161/2010/BEH
1683/2010/(ELB)MMN	1767/2010/(IP)(EIS)ER	1459/2011/BEH	414/2012/MMN

5.2. Im Laufe des Jahres leitete der Bürgerbeauftragte 20 neue Untersuchungen ein, bei denen der Zugang zu Dokumenten entweder im Mittelpunkt der Beschwerde stand oder Teil der Beschwerde war.

6. GERICHTLICHE ÜBERPRÜFUNG

Wie bereits in den Vorjahren sind 2012 einige wichtige Rechtssachen entschieden worden[3].

6.1. Der Gerichtshof hat drei wichtige Urteile in den Berufungsverfahren *Agrofert*[4] und *Editions Odile Jacob*[5] sowie *IFAW*[6] gefällt. In den ersten beiden Urteilen ging es um die Wettbewerbspolitik. Im dritten der genannten Urteile unternahm der Gerichtshof eine Auslegung der Einwände, die ein Mitgliedstaat gegen die Verbreitung von Dokumenten geltend gemacht hatte, die von ihm selbst verfasst worden waren.

---

3 Näheres zu den jeweiligen Rechtssachen unter http://curia.europa.eu/juris/recherche.jsf?language=de

4 Urteil vom 28. Juni 2012 in der Rechtssache C-477/10 P, *Kommission gegen Agrofert Holding a.s.*, noch nicht in der Sammlung der Rechtsprechung veröffentlicht.

5 Urteil vom 28. Juni 2012 in der Rechtssache C-404/10 P, *Kommission gegen Éditions Odile Jacob SAS*, noch nicht in der Sammlung der Rechtsprechung veröffentlicht.

6 Urteil vom 21. Juni 2012 in der Rechtssache C-135/11 P, *IFAW Internationaler Tierschutz-Fonds gegen Kommission*, noch nicht in der Sammlung der Rechtsprechung veröffentlicht.

Der Gerichtshof erließ außerdem zwei Beschlüsse zur Zurückweisung der Rechtsmittel in den Rechtssachen C-208/11P (unbegründet) und C-554/11P (unzulässig), die beide vom *Internationalen Hilfsfonds* gegen die Entscheidung der Kommission eingelegt wurden.

6.2. Das Gericht hat im Zusammenhang mit dem Recht auf Zugang zu Dokumenten sechs Urteile erlassen:

T-59/09, *Deutschland gegen Kommission*, Urteil vom 14.2.2012	T-529/09, *S. in t'Veld gegen Rat*, Urteil vom 4.5.2012 (die Kommission trat dem Rechtsstreit auf Seiten des Rates als Streithelferin bei)	T-344/08, *EnBW gegen Kommission*, Urteil vom 22.5.2012
T-6/10, *Sviluppo Globale gegen Kommission*, Urteil vom 22.5.2012	T-300/10, *Internationaler Hilfsfonds gegen Kommission*, Urteil vom 22.5.2012	T-167/10, *European Dynamics gegen Kommission*, Urteil vom 6.12.2012

6.3. Bei den folgenden drei Rechtssachen hat der Gerichtshof nach Rücknahme der Klage durch den Antragsteller die Streichung aus dem Register angeordnet:

T-362/11, *Stichting Greenpeace Nederland und PAN Europe gegen Kommission*	T-337/09, *Colegio Oficial de Farmacéuticos gegen Kommission*	T-333/12, *Soltau gegen Kommission*

6.4. In den folgenden drei Fällen befand das Gericht die Sache für erledigt:

T-330/11, *MasterCard gegen Kommission*	T-341/11, *Ecologistas en Acción gegen Kommission*	T-180/10, *Nickel Institute gegen Kommission*

6.5. Die folgenden drei Anträge wurden durch Beschluss des Gerichts zurückgewiesen:

T-359/10, , *Ecologistas en Acción-CODA gegen Kommission* (offensichtlich unbegründet)	T-278/11, *ClientEarth gegen Kommission* (offensichtlich unzulässig)	T-17/10, *Steinberg gegen Kommission* (teilweise unzulässig, teilweise unbegründet)

6.6. Die folgenden 14 Klagen gegen Entscheidungen der Kommission wurden in Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 erhoben:

T-185/12, *HUK-Coburg Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a. G. in Coburg gegen Kommission*	T-188/12, *Patrick Breyer gegen Kommission*	T-306/12, *Spirlea gegen Kommission*
T-333/12, *C. Soltau gegen Kommission*	T-402/12, *Carl Schlyter gegen Kommission*	T-418/12, *Jürgen Beninca gegen Kommission* [Beschluss des Gerichts vom 19.2.2013, demzufolge die Rechtssache erledigt ist und aus dem Register gestrichen wird]
T-419/12, *LVM Landwirtschaftlicher Versicherungsverein Münster a. G. gegen Kommission*	T-420/12, *VHV Allgemeine Versicherung a. G. gegen Kommission*	T-421/12, *Württembergische Gemeinde-Versicherung a. G. gegen Kommission*
T-476/12, *Saint-Gobain Glass Deutschland GmbH gegen Kommission*	T-482/12, *Internationaler Hilfsfonds eV gegen Kommission*	T-498/12, *Koinopraxia Touristiki Loutrakiou AE O.T.A. - Loutraki AE - Club Hotel Loutraki Casino Touristikes kai Xenodocheiakes Epicheiriseis AE gegen Kommission*
T-526/12, *AXA Versicherung AG gegen Kommission*	T-561/12, *Jürgen Beninca gegen Kommission*	

6.7. Ferner wurde in folgendem neuen Fall beim Gerichtshof ein Rechtsmittel gegen den Beschluss/das Urteil des Gerichts eingelegt:

C-365/12P, *Kommission gegen EnBW Energie Baden-Württemberg AG u. a.*		

7. **SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Nachdem die Zahl der Anträge auf Zugang zu Dokumenten neun Jahre lang stetig zugenommen hatte (von 500 auf rund 6500), blieb sie in den Jahren 2010 und 2011 nahezu unverändert und hat sich nun bei 6000 eingependelt. Von allen betroffenen Institutionen bearbeitet die Kommission weiterhin mit Abstand die meisten Anträge.

Bei der Zahl der Zweitanträge war dagegen eine Zunahme zu verzeichnen. Die Antragsteller wissen besser darüber Bescheid, dass sie gegen die von der Kommission erlassenen Entscheidungen angehen können.

All dies könnte ein Indikator dafür sein, dass die Kommission mithilfe verschiedenster Instrumente und Foren, zu denen auch der Zugang zu Dokumenten zählt, einen soliden und allseits bekannten Rahmen für Transparenz errichtet hat.

Aufbauend auf den 2011 erreichten Ergebnissen konnte die aktive Transparenz in Bezug auf die gesetzgeberische Tätigkeit 2012 weiter ausgebaut werden. So betreffen ein großer Teil der Erstanträge auf Dokumentenzugang und beinahe die Gesamtheit aller Zweitanträge die Maßnahmen der Kommission zur Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts, insbesondere im Wettbewerbsbereich. Bei der Bearbeitung solcher Anträge muss sich die Kommission um ein Gleichgewicht zwischen der Gewährleistung der Transparenz ihrer Maßnahmen und der Wahrung ihrer Fähigkeit bemühen, die ihr mit den Verträgen übertragenen Aufgaben ordnungsgemäß zu erledigen.

ANHANG

Statistik zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001

1. ZAHL DER INS REGISTER AUFGENOMMENEN DOKUMENTE

	COM	SEC	C	JOIN	SWD	OJ	PV	Insgesamt
2012	1832	1429	13542	53	859	130	95	17940

ERSTANTRÄGE

2. EINGEGANGENE UND BEARBEITETE ANTRÄGE

	2010	2011	2012
Eingegangene Anträge	6361	6477	6014
Beantwortete Anträge[7] [8]	7148	7075	6334
Antworten basierend auf der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001	6127	6055	5274

3. ERGEBNIS

	2010		2011		2012	
	Zahl	**%**	**Zahl**	**%**	**Zahl**	**%**
Zugang gewährt	5034	82,16	4856	80,20	3928	74,48
Zugang verweigert	764	12,47	737	12,18	892	16,91
Teilweiser Zugang	329	5,37	462	7,62	454	8,61
Insgesamt	**6127**	100	**6055**	100	**5274**	100

[7] Ein Antrag kann sich auf mehrere Dokumente beziehen und damit unterschiedliche Antworten nach sich ziehen.

[8] Die Kategorie „Beantwortete Anträge“ umfasst auch Antworten außerhalb des Geltungsbereichs der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001, etwa solche, die unter die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 fallen.

4. AUFSCHLÜSSELUNG DER ABLEHNENDEN BESCHEIDE NACH AUSNAHMEREGELUNG (IN %)

	2010	2011	2012
Art. 4 (1) a) erster Gedankenstrich – öffentliche Sicherheit	1,94	2,40	1,34
Art. 4 (1) a) zweiter Gedankenstrich – Verteidigung und militärische Belange	0,14	0,39	0,11
Art. 4 (1) a) dritter Gedankenstrich – internationale Beziehungen	9,83	12,02	3,58
Art. 4 (1) a) vierter Gedankenstrich – Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik	2,15	1,88	1,40
Art. 4 (1) b) – Privatsphäre und Integrität des Einzelnen	9,76	8,90	14,65
Art. 4 (2) erster Gedankenstrich – geschäftliche Interessen	11,84	16,83	16,94
Art. 4 (2) zweiter Gedankenstrich – Gerichtsverfahren und Rechtsberatung	7,32	6,76	9,84
Art. 4 (2) dritter Gedankenstrich – Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten	26,63	21,90	25,32
Art. 4 (3) Unterabsatz 1 – Entscheidungsprozess, Beschluss noch nicht gefasst	16,80	17,15	20,23
Art. 4 (3) Unterabsatz 2 – Entscheidungsprozess, Beschluss bereits gefasst: Stellungnahmen zum internen Gebrauch im Rahmen von Beratungen und Vorgesprächen	9,62	8,58	4,92
Art. 4 (5) – Ablehnung durch einen Mitgliedstaat/externen Verfasser	3,94	3,18	1,67
Insgesamt	**100**	**100**	**100**

ZWEITANTRÄGE

5. EINGEGANGENE UND BEARBEITETE ANTRÄGE

	2010	2011	2012
Eingegangene Anträge	181	165	229
Beantwortete Anträge	152	162	202
Entscheidungen über Zweitanträge basierend auf der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001	122	144	160

6. ERGEBNIS

	2010		2011		2012	
	Zahl	**%**	**Zahl**	**%**	**Zahl**	**%**
Bestätigt	61	50	61	42,36	91	56,88
Teilweise aufgehoben	42	34,43	62	43,05	39	24,38
Vollständig aufgehoben	19	15,57	21	14,58	30	18,75
Insgesamt	**122**	100	**144**	100	**160**	100

7. AUFSCHLÜSSELUNG DER ABLEHNENDEN BESCHEIDE NACH AUSNAHMEREGELUNG (IN %)

	2010	2011	2012
Art. 4 (1) a) erster Gedankenstrich – öffentliche Sicherheit	2,67	1,33	1,31
Art. 4 (1) a) zweiter Gedankenstrich – Verteidigung und militärische Belange	0	2,00	0,65
Art. 4 (1) a) dritter Gedankenstrich – internationale Beziehungen	6,67	4,67	7,19
Art. 4 (1) a) vierter Gedankenstrich – Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik	3,33	3,34	0
Art. 4 (1) b) – Privatsphäre und Integrität des Einzelnen	9,33	20,67	10,46
Art. 4 (2) erster Gedankenstrich – geschäftliche Interessen	16,67	14,66	11,76
Art. 4 (2) zweiter Gedankenstrich – Gerichtsverfahren und Rechtsberatung	10	1,33	7,84
Art. 4 (2) dritter Gedankenstrich – Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten	32	32,68	45,10
Art. 4 (3) Unterabsatz 1 – Entscheidungsprozess, Beschluss noch nicht gefasst	11,33	15,33	6,54
Art. 4 (3) Unterabsatz 2 – Entscheidungsprozess, Beschluss bereits gefasst: Stellungnahmen zum internen Gebrauch im Rahmen von Beratungen und Vorgesprächen	8	4,00	9,15

Art. 4 (5) – Ablehnung durch den Mitgliedstaat	-	-	-
Insgesamt	**100**	**100**	**100**

AUFSCHLÜSSELUNG DER ERSTANTRÄGE

8. NACH SOZIOPROFESSIONELLEN ANTRAGSTELLER-KATEGORIEN (IN %)

	2010	**2011**	**2012**
Hochschulen	23,24	25,73	22,70
Anwälte	10,69	11,30	13,58
Zivilgesellschaft (Interessengruppen, Unternehmen, NRO usw.)	8,18	8,59	10,32
Behörden (ohne EU-Institutionen)	13,56	8,20	7,12
Andere EU-Institutionen	8,32	8,15	7,64
Journalisten	3,35	3,25	4,81
Ohne Angabe	32,68	34,78	33,83
Insgesamt	**100**	**100**	**100**

9. NACH GEOGRAFISCHER HERKUNFT DER ANTRAGSTELLER (IN %)

	2010	**2011**	**2012**
Österreich	2,08	1,38	1,78
Belgien	17,95	21,42	21,85
Bulgarien	0,69	0,93	0,70
Zypern	0,20	0,25	0,08
Tschechische Republik	4,23	0,93	2,01
Dänemark	2,02	2,11	1,58
Estland	0,09	0,19	0,17
Finnland	0,81	1,57	0,55
Frankreich	9,05	8,90	7,53
Deutschland	16,62	12,27	14,04
Griechenland	1,22	1,10	1,73
Ungarn	0,89	0,96	0,63
Irland	1,49	1,02	1,50
Italien	8,85	12,37	7,54
Lettland	0,13	0,15	0,17
Litauen	0,31	0,42	0,30
Luxemburg	1,99	2,12	1,79

Malta	0,22	0,12	0,17
Niederlande	4,43	4,18	4,62
Polen	2,76	2,68	2,79
Portugal	1,16	1,15	1,11
Rumänien	1,11	0,87	0,91
Slowakei	0,56	0,56	0,81
Slowenien	0,52	0,31	0,22
Spanien	6,86	7,16	5,70
Schweden	2,18	1,81	2,16
Vereinigtes Königreich	7,24	8,59	10,17
Nicht zur EU gehörende europäische Länder	0,50	0,40	0,37
Nordamerika	0,11	0,23	0,88
Australien und Neuseeland	0,09	0,03	0,03
Afrika	0,05	0,02	0
Südamerika	0,05	0,02	0,03
Asien	0,04	0,06	0,05
Ohne Angabe	3,49	3,73	6,03
Insgesamt	**100**	**100**	**100**

10. NACH SACHGEBIETEN (IN %)

Generaldirektion/Dienststelle	**2010**	**2011**	**2012**
AGRI – Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	3,15	2,62	3,44
BEPA – Beratergremium für europäische Politik	0,03	0,11	0
BUDG – Haushalt	1,24	1,02	0,81
CLIMA – Klimapolitik	1,21	2,22	2,86
COMM – Kommunikation	0,74	1,26	0,65
COMP – Wettbewerb	9,07	6,99	6,81
CONNECT – Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien[9]	1,79	1,98	1,74
DEVCO – Entwicklung und Zusammenarbeit – EuropeAid (früher DEV + AIDCO)	2,77	3,30	4,67
DGT – Übersetzung	0,36	0,14	0,20
DIGIT – Informatik	0,09	0,09	0,12
EAC – Bildung und Kultur	1,13	1,05	1,13

[9] Früher GD INFSO.

ECFIN – Wirtschaft und Finanzen	2,32	1,57	1,11
ECHO – Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz	0,28	0,33	0,18
ELARG – Erweiterung	1,47	1,04	0,95
EMPL – Beschäftigung, Soziales und Integration	2,74	1,64	3,47
ENER – Energie	2,91	5,86	5,15
ENTR – Unternehmen und Industrie	4,48	4,84	4,55
ENV – Umwelt [10]	4,86	6,37	6,61
EPSO – Europäisches Amt für Personalauswahl	0,14	0,23	0,23
ESTAT – Eurostat	0,31	0,20	0,20
FPIS – Dienst für außenpolitische Instrumente[11]	-	-	0,13
HOME – Inneres	1,63	4,74	3,14
HR – Humanressourcen und Sicherheit + OIB (Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Brüssel) + OIL (Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik in Luxemburg) + PMO (Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche)	2,29	2,34	2,98
IAS – Interner Auditdienst	0,09	0,05	0,02
JUST – Justiz (früher JLS) [12]	6,75	2,54	3,72
MARE – Maritime Angelegenheiten und Fischerei	0,66	0,95	0,66
MARKT – Binnenmarkt und Dienstleistungen	6,14	5,72	5,02
MOVE – Mobilität und Verkehr	3,13	3,02	2,66
OLAF – Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung	0,27	0,25	0,48
OP – Amt für Veröffentlichungen	0,19	0,37	0,12
REGIO – Regionalpolitik	3,06	2,29	3,41
RTD – Forschung und Innovation + JRC – Gemeinsame Forschungsstelle	1,82	1,27	1,61
SANCO – Gesundheit und Verbraucher	5,44	6,96	7,28
SCIC – Dolmetschen	0,08	0,00	0,02
SG – Generalsekretariat	11,64	10,12	12,10
SJ – Juristischer Dienst	2,68	2,76	4,37
TAXUD – Steuern und Zollunion	5,30	7,80	4,92
TRADE – Handel	3,06	3,47	2,48
Insgesamt	**100**	**100**	**100**

[10] Im Jahr 2010 wurde die damalige GD Umwelt in die GD ENV und die GD CLIMA unterteilt.

[11] Seit der Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) sind allein die Unterlagen des FPIS bei der Kommission verblieben.

[12] Im Jahr 2010 wurde die damalige GD JLS in die GD JUST und die GD HOME unterteilt.